



Mag. Brigid Weininger

Mag. Brigid Weininger, 1962 in Gmünd geboren, studierte nach der Matura Dolmetscherin/Übersetzerin für Englisch und Spanisch in Wien und begann bereits während des Studiums, sich entwicklungspolitisch zu engagieren. Stand anfangs noch die konkrete Zusammenarbeit mit Entwicklungsprojekten in Lateinamerika und Asien im Vordergrund, führten Erfahrungen mit Kampagnenarbeit in England sie bald in die Entwicklungspolitik. Als Kampagnenkoordinatorin und später stellvertretende Geschäftsführerin im ÖIE (Österreichischer Informationsdienst für Entwicklungspolitik, heute: Südwind-Agentur) organisierte sie eine große Regenwald-Kampagne und rief das Klimabündnis in Österreich ins Leben.

1995 wechselte Brigid Weininger zu Global 2000 und war als Bundessprecherin maßgeblich verantwortlich für das Gentechnik-Volksbegehren, das mit 1,3 Millionen UnterstützerInnen bis heute zu einem der erfolgreichsten Volksbegehren in Österreich zählt. Die Niederösterreichischen Grünen holten sie zwei Jahre später als Quereinsteigerin und Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 1998, bei der die Grünen erstmals den Einzug in den Landtag schafften.

Politisch aktiv war sie auch im Grünen Bundesvorstand (von 1997 bis 2004), wo sie unter anderem das neue Grundsatzprogramm der Partei inhaltlich koordinierte. Endgültig in die Bundespolitik ging es schließlich 2003 mit ihrem Wechsel in den Nationalrat, wo sie die Nachfolge von Madeleine Petrovic nicht nur als niederösterreichische Abgeordnete, sondern auch als Frauensprecherin und Tierschutzsprecherin des Grünen Parlamentsklubs antrat.

Anschrift Abg. z. NR Mag. Brigid Weininger
Parlament, Der Grüne Klub

Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
Österreich

Was bringt uns die Globalisierung?

Kritische Betrachtungen zu globalisierten Zeitphänomenen

Der Artikel basiert auf dem Vortrag bei der von Austria perspektiv und der Industriellenvereinigung veranstalteten Expertendiskussion „Globalisierung: Chancen & Risiken – Facts & Figures“ im Mai 2004

Mit der Globalisierung ist es eine eigenartige Sache: Alle reden davon, aber was wirklich gemeint ist, bleibt häufig unklar. Zweifellos wohnt dem Begriff eine geographische Dimension inne, ein Wahrnehmen – wenn nicht sogar in gewisser Form ein Inbesitznehmen – anderer Weltregionen als der eigenen. So gesehen könnte man diskutieren, ob man den Beginn der „Globalisierung“ nicht mit Alexander dem Großen oder Christoph Kolumbus festsetzen müsste. Eine eindeutig wirtschaftlich-politische Komponente erfährt die „Globalisierung“ spätestens mit dem Zeitalter des Kolonialismus, der in vieler Hinsicht den Grundstein für die heutigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen legt und dessen Folgen in den Nord-Südbeziehungen noch heute nachwirken. Und schließlich gibt es den globalen Austausch von Kulturen und Werten, dessen Bandbreite von „Multi-Kulti“ und Weltkulturen bis zum „Coca-Cola Imperialismus“ reicht.

Triebfeder Ökonomie

Wer heute von Globalisierung spricht, bezieht sich im Regelfall in erster Linie auf die wirtschaftliche Globalisierung, vielleicht noch auf die spätestens mit dem Internet eingetretene Globalisierung der Kommunikation. Auf die Tätigkeit der großen transnationalen Konzerne in einer ersten Phase der Globalisierung folgte bald eine weitaus breitere Unternehmenstätigkeit über nationale Grenzen hinweg, angekurbelt nicht zuletzt durch Entwicklungen wie die europäische Integration und den Zusammenbruch des ehemaligen Ostblocks, der einen ganzen neuen Raum für Wirtschaftstätigkeiten eröffnete und den Prozess der „Auslagerung“ von Produktionsbereichen in die nahegelegenen Billiglohnländer beschleunigte. Grundvoraussetzung und Schlüsselfaktor der globalen Unternehmenstätigkeit ist die Mobilität: die Mobilität von Rohstoffen, (Teil)Produkten und Waren, die durch sehr niedrige Transportkosten ermöglicht wird; und die globale Mobilität von Kapital.

Motor dieser Globalisierung sind also vorrangig die ökonomischen Interessen von Unternehmen, die in den VertreterInnen von Freihandelsideologie und Liberalisierungsbestrebungen ihre politische Unterstützung finden. Die Mobilität und der freie Zugang zu den Märkten bleiben allerdings beschränkt: auf Kapital, auf Güter und Waren, auf (demnächst noch mehr) Dienstleistungen. Für die Menschen (= Arbeitskräfte) gilt der freie Zugang zu den (Arbeits)Märkten nicht.

*Folgen des
Kolonialismus
wirken noch heute
nach*

*Mobilität ist
Schlüsselfaktor der
globalen
Unternehmens-
tätigkeit*

*Freier Zugang zu
den Märkten bleibt
beschränkt*

*Vor- und Nachteile
sind sehr ungleich
verteilt*

Während also einerseits die Triebfeder der Globalisierung hauptsächlich wirtschaftliche Interessen sind, gehen die Auswirkungen weit über diesen Bereich hinaus und betreffen Gesellschaft, Kultur oder Umweltfragen. Vorteile und Nachteile sind dabei sehr ungleich verteilt: dem wirtschaftlichen Nutzen von Globalisierungseffekten stehen ökologische Folgeschäden (Stichwort globaler Transport), soziale Kosten (Stichwort Lohndruck) und ein Verlust von politischen Gestaltungsmöglichkeiten gegenüber.

Globalisierung mit Schiefelage

*Enormes Nord-Süd-
Gefälle und
unterschiedliche
Machtverhältnisse*

Wirtschaften über Grenzen hinweg und zwischen Weltregionen wäre an sich – sieht man vom enormen Transportaufkommen und den damit verbundenen ökologischen Kosten ab – nicht unbedingt kritikwürdig. Allerdings findet dieser Austausch nicht unter gleichen PartnerInnen statt, sondern vor dem Hintergrund eines enormen Nord-Süd-Gefälles und sehr unterschiedlichen Machtverhältnissen. Die Entwicklungsländer, die seit Jahrzehnten die für sie ungünstigen terms of trade bemängeln und wirtschaftlich, sozial, ökologisch und politisch schwer unter der Last der Schuldenkrise zu leiden haben, sind von vorneherein nicht in der Lage, in den globalen wirtschaftlichen Wettbewerb mit einigermaßen gleichen Chancen einzutreten. Dazu kommt, dass die Abschottungspolitik der Industriestaaten ihnen lange Zeit den Warenmarkt der Industriestaaten – vor allem in heiklen Bereichen wie der Landwirtschaft – erschwerte oder verschloss, während sie selbst wiederum unter dem Druck internationaler Finanzinstitutionen (auf deren Finanzmittel sie angewiesen waren) ihre Märkte öffnen mussten oder in fragwürdige „Entwicklungswege“ geschickt wurden.

*Fragwürdige
„Entwicklungswege“*

*Ein Beispiel
aus Ecuador*

Ein Beispiel aus Ecuador kann das vielleicht veranschaulichen: Dem wirtschaftlich hauptsächlich von Erdöl- und Bananenexporten abhängigen Land wurde von der Weltbank Anfang der 90er Jahre die „Diversifikation“ auf Ölpalmplantagen dringend angeraten und mit Krediten gestützt. Palmöl galt als hochwertiges Agrarprodukt und brachte einen hohen Preis auf dem Weltmarkt. Ecuador investierte in Ölpalmplantagen, rodete Regenwälder für die Ölpalmen und wartete die bei Ölpalmen nötigen 10-12 Jahre, bis die Bäume den ersten Ertrag abwarfen. Der Pferdefuß der Geschichte: die Weltbank hatte den selben guten Rat mit den Ölpalmen rund einem Dutzend Ländern gleichzeitig gegeben, auf dem Weltmarkt gab es plötzlich einen Überschuss an Palmöl, der Preis rasselte in den Keller, Ecuador (und die anderen schlecht beratene Staaten) hatten das Nachsehen. Einen Vorteil zogen daraus – ob zufällig oder beabsichtigt – die palmölverarbeitenden Industrien, die in erster Linie in den Industriestaaten beheimatet sind.

*EU-subventionierter
Weizen*

Während einerseits afrikanische Bauern auf den lokalen (!) Märkten mit ihren Produkten gegen EU-subventionierten Weizen antreten mussten, gab es andererseits auf agrarische Produkte aus Entwicklungsländern wie etwa Zucker hohe Schutzzölle in den Industriestaaten. Während mit mehr oder weniger sanftem Druck von internationalen Finanzinstitutionen Liberalisierungen durchgesetzt und Märkte für unternehmerische Tätigkeit, Kapital und Investitionen geöffnet wurden, blieb den betroffenen Staaten selber

meist nur die soziale und ökologische Rechnung dafür zu begleichen (Stichwort fehlgeschlagene Strukturanpassungsprogramme). Es wundert daher wenig, dass die mit der Globalisierung verbundenen Liberalisierungsbestrebungen von den Entwicklungsstaaten mit einer gehörigen Portion Skepsis bis Misstrauen verfolgt. Und es ist vielleicht auch nicht von ungefähr, dass jene Staaten des Südens, die eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung aufweisen konnten, wie die südostasiatischen Länder, eine Phase der gewissen Abschottung und eine Phase der Investition ins Bildungs- und Sozialsystem – statt der in den Strukturanpassungsprogrammen verordneten Kürzungen im Bildungs- und Sozialsystem – durchlaufen haben.

Nächste Runde: GATS

Die nächste Runde der Liberalisierung erfasst den Handel mit Dienstleistungen und wird unter dem Titel GATS (General Agreement on Trade in Services, Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen) auf internationaler Ebene im Rahmen der WTO verhandelt. Hier wird neben dem wirtschaftspolitischen Interessenkonflikt zwischen Nord und Süd noch eine andere Ebene sichtbar: Globalisierung und Liberalisierung führen auch zu Verwerfungen innerhalb der Staaten des Nordens. Es geht dabei nicht mehr nur darum, welche Bereiche der Wirtschaft von internationaler Unternehmenstätigkeit profitieren können (und welche Segmente auf diesem Markt nicht mehr bestehen können) oder wie die Drohung mit der „globalisierungsbedingten“ Auslagerung von Produktion und Arbeitsplätzen Politik und ArbeitnehmerInnen unter Druck bringt. Vielmehr ist eine Diskussion um die „Daseinsvorsorge“ entbrannt, also darum, welche Dienstleistungen – wie Wasserversorgung oder Gesundheitsdienste – öffentliche Kernaufgaben sind und daher von der Liberalisierung nicht erfasst werden sollen.

GATS unterscheidet vier Varianten von grenzüberschreitenden Dienstleistungen: den Handel (die Dienstleistung kommt über die Grenze), den Konsum im Ausland (die KonsumentInnen gehen über die Grenze), die Direktinvestition (der Anbieter einer Dienstleistung lässt sich im Ausland nieder) und die Erbringung im Ausland (der Anbieter einer Dienstleistung kommt über die Grenze). Mit den letzten beiden sind erstmals auch Fragen des Investitionsschutzes und Migrationsabkommen angesprochen, also Bereiche, die bisher noch nicht als Handelspolitik angesehen wurden. GATS bedeutet also auch eine enorme Ausweitung des Geltungsbereiches der WTO, oder anders betrachtet eine „Invasion“ der WTO in Politikfelder und Lebensbereiche, die bislang vorrangig national geregelt wurden.

Im Rahmen des GATS müssen Regierungen alle Gesetze, Normen und Standards, die den Handel mit Dienstleistungen betreffen, so gestalten, dass ausländische AnbieterInnen gegenüber den inländischen nicht benachteiligt werden dürfen (Inländerbehandlung). Desweiteren dürfen ausländische AnbieterInnen nicht schlechter gestellt werden als der/die beste inländische AnbieterIn (Meistbegünstigung). Nationale Regelungen dürfen keine „unnötigen

*Fehlgeschlagene
Strukturanpassungs-
programme*

*Verwerfungen auch
innerhalb der
Staaten des Nordens*

*GATS bedeutet auch
eine Ausweitung
des WTO-Geltungs-
bereiches*

*„Inländer-
behandlung“
und „Meist-
begünstigung“*

*Empfindliche
Beschränkung
nationaler
Politiken*

Hemmnisse“ für den Handel mit Dienstleistungen darstellen. Dies stellt eine empfindliche Beschränkung nationaler Politiken zum Schutz von sozialen oder ökologischen Interessen oder zur Sicherung von Qualitätskriterien dar, da öffentliche Regulierungen etwa für den Umweltschutz als Handelshindernis interpretiert und vor der WTO angefochten werden können. Zu guter letzt verpflichten sich die WTO-Mitgliedsländer in immer neuen Verhandlungsrunden weitere Liberalisierungen vorzunehmen. Ausgenommen werden öffentliche Dienstleistungen von der Liberalisierung im GATS nur, wenn sie weder „im Wettbewerb“ noch „auf kommerzieller Basis“ erbracht werden. Schon heute trifft das etwa auf Dinge wie die (öffentliche Aufgabe) Abfallentsorgung oder arbeitsmarktpolitische Qualifikationen nicht mehr zu. In Bereichen wie dem Gesundheitswesen, dem Bildungssystem oder der Wasserversorgung gelten die Ausnahmen von der Liberalisierung zwar derzeit, könnten aber in der nächsten Verhandlungsrunde wieder aufgehoben werden.

*Weltweit haben
1,4 Milliarden
Menschen keinen
Zugang zu
Trinkwasser*

Besonders deutlich wird die Problematik am Beispiel Wasserversorgung. Wasser ist im Sinne der WTO eine Ware, die Wasserverteilung eine Dienstleistung. Wasserversorgung ist aber weitaus mehr: nämlich eine öffentliche Aufgabe, die Gesundheit und Leben der gesamten Bevölkerung betrifft. Weltweit haben 1,4 Milliarden Menschen keinen Zugang zu Trinkwasser und weitere mehr als zwei Milliarden nur Zugang zu qualitativ schlechtem Trinkwasser. Durch verschmutztes Trinkwasser sterben jährlich wesentlich mehr Menschen als durch Kriege. Wasserknappheit führt nicht selten zu gewalttätigen Konflikten. Eine Liberalisierung der öffentlichen Wasserversorgung lässt befürchten, dass eine Verschärfung der genannten Probleme eintritt. Eine Liberalisierung der Wasserversorgung durch Privatisierung unter Konkurrenzdruck würde sich notwendigerweise nicht an der Versorgungssicherheit und –qualität orientieren, sondern an kostengünstiger Abwicklung und Gewinnpotentialen.

*Wasserversorgung
der Entwicklungsländer:
9,5 Mrd. Euro an
Investition
erforderlich*

Dass es dabei nicht nur um eine Frage von Versorgungsgerechtigkeit oder Gesundheit geht, sondern auch um die wirtschaftliche Entwicklung beweisen Studien der UNO: Sie gehen davon aus, dass die Deckung der Wasserversorgungsbedürfnisse der Entwicklungsländer eine Investition in Höhe von rund 9,5 Milliarden Euro erforderlich machen würde, allerdings die „Rendite“ in Form von höherer Produktivität rund das siebenfache betragen würde.

Politik in Zeiten der Globalisierung

*Umweltschutz-
Zielsetzungen
immer schwieriger
durchsetzbar*

Die Globalisierungs-Prozesse zeigen jedenfalls einschneidende Folgen auf die Politik der Nationalstaaten. Zum einen schrumpft der Handlungsspielraum nationalstaatlicher Politik visavis international agierenden Wirtschaftsakteuren auf der einen und internationalen Liberalisierungsschritten wie GATS auf der anderen Seite. Eigene Zielsetzungen etwa im Bereich Umweltschutz oder Qualitätskriterien sozialer Ausrichtung werden immer schwieriger durchsetzbar. Wie jüngste Beispiele zeigen werden selbst als unverrückbar angesehene Errungenschaften wie die Wochenarbeitszeit mit der Globalisierungsdrohung wieder in Frage gestellt.

Andererseits wird immer deutlicher, wie weit die internationale Politik dem globalen Markt als Gestaltungskraft hinterherhinkt. Wenn auf nationalstaatlicher Ebene davon ausgegangen wird, dass der Staat überall dort korrigierend eingreift, wo der Markt ohne jegliche Regelung sich gesellschaftlich verzerrend auswirken würde, so fehlt eben diese Regulierungsinstanz auf internationaler Ebene völlig. Die Artikulation globaler politischer Interessen verläuft schleppend, die UNO kann im Vergleich zur WTO nur träge agieren und jede „Regulierungsmaßnahme“ muss als internationales Abkommen mühevoll in langjährigen Prozessen erarbeitet werden, interpretiert werden, der zu weitreichenden Verwässerung entgehen – um dann letzten Endes doch bestenfalls unvollständig umgesetzt zu werden, wie die Klimaschutzabkommen und das Kyoto-Protokoll zeigen. Wie schwach die politischen Strukturen auf internationaler Ebene ausgeprägt sind, zeigt nicht zuletzt das Beispiel Tobin-Tax. Zwar können sich immer mehr Staaten die Einführung einer „Steuer“ auf internationale Finanztransaktionen vorstellen, doch schon die Frage, wer die dazu geeignete Instanz wäre, eine solche Tobin-Tax festzusetzen, einzuheben und über die Mittelverwendung zu entscheiden, gibt größere Rätsel auf.

Die internationale Politik hinkt dem globalen Markt nach

Beispiel „Tobin-Tax“

Nicht zuletzt werfen die Debatten um Globalisierung und Liberalisierung eine Grundsatzfrage auf. Welche Aufgaben soll und muss der Staat erfüllen, welche kann er sinnvollerweise abgeben und wie wird dabei der Interessenausgleich zwischen Wirtschaft und Gesellschaft, zwischen unternehmerischer Tätigkeit und den sozialen und ökologischen Folgen hergestellt. Derzeit jedenfalls lässt sich nur feststellen, dass der Interessenausgleich immer weniger stattfindet und die nationalstaatlichen Regierungen sich vielerorts aus Aufgabenbereichen zurückziehen oder zurückgedrängt werden, die viele als unveräußerliche Kernaufgaben des Staates im Interesse der Gemeinschaft verstehen.

*Grundsatzfrage:
„Welche Aufgaben soll und muss der Staat erfüllen?“*

Globalisierung...cui bono?

Die Globalisierung hat unbestreitbare Vorteile gebracht und interessante Perspektiven eröffnet. So wie schon Kolumbus' Reise nach Amerika das Weltbild seiner ZeitgenossInnen veränderte, so hat die jetzige Globalisierung ebenfalls neue Weltsichten gebracht, Zusammenhänge zwischen lokalen und globalen Phänomenen sichtbar und teilweise auch gestaltbarer gemacht und nicht zuletzt in kultureller und philosophischer Hinsicht eine Horzionterweiterung und vielfach Bereicherung gebracht. Schließlich ist es der Internationalisierung zu verdanken, dass so wesentliche Errungenschaften wie die universelle Gültigkeit der Menschenrechte errungen werden konnten.

Globalisierung hat neue Weltsichten gebracht

In ihrem „Herzstück“, der globalisierten Wirtschaft, muss die Globalisierung allerdings auch kritisch betrachtet werden. Es stellt sich die Frage, wem diese Form des globalen Wirtschaftsgeschehens – also die unter den derzeitigen Rahmenbedingungen ausgeübte und mögliche – nützt und wer allenfalls die Lasten zu tragen hat. Hier klaffen die großen Interessengegensätze und Defizite der Globalisierung auf. Es kann nicht angehen, dass ein Sektor der Gesellschaft – nämlich die Wirtschaft – im Wesentlichen

Große Interessengegensätze und Defizite

*Transparenz und
demokratische
Legitimation von
Entscheidungen*

auf Kosten der anderen, sozialer oder ökologischer Interessen, arbeitet. Und ebenso wenig kann es hingenommen werden, dass weitreichende Entscheidungen ohne die nötige Transparenz und jenseits von demokratischer Legitimation und Kontrolle getroffen werden. Die Globalisierung bedarf also einer politischen Regulierung, um Verzerrungen zu vermeiden und sicherzustellen, dass Globalisierungsgewinne für alle anfallen.

*Prozess der
Globalisierung
sozial- und
umweltverträglich
gestalten*

In einem ihrer letzten Jahresberichte der WTO heißt es: „Die Politik, welche die Regierungen in Bezug auf den internationalen Waren- und Kapitalfluss verfolgen, kann, wie unvollkommen sie auch sein mag, das Fortschreiten der globalen Integration beschleunigen oder verlangsamen – oder sogar umkehren.“ Wenn dem so ist, dann kann sie (grundsätzlich jedenfalls) auch steuernd eingreifen und einen sozial- und umweltverträglich gestalteten Prozess der Globalisierung vorantreiben. Dieser Aufgabe müssen sich die Regierungen und die Politik allerdings erst stellen...